

Bezugspreis:

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,20 M., monatlich 3,50 M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs monatlich 3,50 M., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,75 M., für das übrige Ausland 10,75 M., bei täglich einmal, Zustellung 8,75 M. Postbestellungen nehmen an: Danemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eintragungen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegraphische Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Standardzeile kostet 1,80 M., Treuungsaufschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 75 Pfg. (zuletzt zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengeld und Schließelanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Treuungsaufschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine-Anzeigen 1,50 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Freitag, den 21. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Amerika gegen Versailles.

Die „Einheitsfront“.

„Sozialistische Einheitsfront“ — ein schönes Wort. „Einigkeit des gesamten Proletariats“ — ein noch schöneres Wort. Wir erstreben das eine als praktisches Ziel, in dem zweiten sehen wir ein Ideal, dessen Verwirklichung noch in weiter Ferne liegt. Meiner Ueberzeugung nach wird die Zusammenfassung des gesamten Proletariats unter einen Hut sogar niemals kommen, denn niemals wird wohl ein Parteiprogramm weit genug sein, um allen in der Arbeiterschaft vorhandenen politischen und geistigen Strömungen gleichzeitig Raum zu bieten.

Um zu exemplifizieren: Links von der linken Sozialdemokratie gibt es, in Abshattierungen, die Kommunisten. Rechts von ihr aber stehen große Scharen Arbeiter, die im Sinne einer ganz anderen Weltanschauung leben und für das sozialistische Kulturideal nicht empfänglich sind. Wohl gemerkt: das gilt nicht für dieses Ideal in seinem ganzen Umfange. Selbst wenn sie demokratisch und sozialistisch empfinden, so sind sie keine Sozialdemokraten. Den Marxismus, die geschichtsmaterialistische Betrachtungsweise, lehnen sie ab. Politische Gleichberechtigung, Volksregierung, sozialen Fortschritt, gerechtere Verteilung des Arbeitsertrages und überhaupt der vorhandenen materiellen Güter wollen auch sie. Auch sie wollen letzten Endes wohl den sozialistischen Gesellschaftszustand; aber auf dem Wege, der zu ihm führt, wollen sie nicht auf ihre kirchlich-religiösen Ideale und nicht auf die Ethik des Christentums verzichten. Dennoch hatte ich die Möglichkeit, daß die Zentrum- und evangelischen Arbeitervereine gemeinsam mit der Sozialdemokratie marschieren, für viel eher gegeben als eine Versöhnung von Sozialisten und Kommunisten. Denn hier fließen tatsächlich abgrundtiefe Gegensätze, die sich niemals überbrücken lassen werden.

Von der „Einigkeit des gesamten Proletariats“ sollten wir daher schweigen. Aber auch die Frage der sozialistischen Einheitsfront haben wir mit aller Rückständigkeit zu betrachten. Man wird in Versammlungen des Reichstages stets sicher sein, wenn man die Einigung predigt, denn noch schmerzlicher als die Führer empfinden die Arbeiter und Angestellten in den Betrieben den Bruderkampf. Und ganz gewiß wäre es eine laubere Versöhnung gegen das Proletariat, wenn wir nicht die Beendigung dieses unheiligen Krieges mit allen Mitteln erstrebten. Dabei müssen wir uns jedoch darüber klar sein, daß der Verständigungsmöglichkeit faktisch recht enge Grenzen gezogen sind. Nicht minder aber haben wir die Wirkungen einer etwaigen Verständigung auf die politische Gesamtlage zu prüfen.

Der linke Flügel der Unabhängigen scheidet von vornherein aus, denn die Däumig, Eichhorn und Genossen haben mit ihrer Verwerfung der Demokratie ein sozialdemokratisches Grundprinzip über Bord geworfen. Ob das unabhängige „Zentrum“ — bekanntlich nannte Bebel die Parteimitte einmal den „Sumpf“ — als dessen Garnitur man wohl Silberding und Dittmann ansprechen darf, für ein unserer Partei annehmbares Einigungsprogramm zu haben sein würde, muß mit einem großen Fragezeichen versehen werden. Bleibt also der rechte Flügel mit Kaustky und Restriepke. Ihr guter Wille in allen Ehren, aber werden sie, falls es wirklich zu einer Einigung auf einer für beide Teile annehmbaren Plattform käme, auch Massen hinter sich bringen? Möglich wäre es schon, denn der Verständigungswille ist innerhalb der Arbeiterschaft sehr stark. Dennoch ist heute nicht abzuschätzen, mit welchem Erfolg die „revolutionäre“ Demagogie aus einer Verschmelzung Kapital schlagen würde. Denn in dem Augenblick, wo die Kaustky und Restriepke zur alten Partei zurückkehren — in demselben Augenblick würden sich auf sie dieselben Schmutzfüßel von links her ergießen wie auf die „Scheidemänner“. Seien wir uns darüber doch klar. In jedem Betracht: eine sozialistische Einheitsfront bekommen wir nicht. Im besten Falle wird die Grenzlinie ein wenig mehr nach links verlegt. Immerhin bin ich der Meinung, daß auch dieser bescheidene Erfolg schon den darauf verwendeten Schweiß durchaus lohnen würde.

Nur eine solche Gerousarbeitung des tatsächlich Erreichbaren geboten. Schon um Illusionen zu verhüten, so haben wir auf der anderen Seite zu prüfen, ob die Einigung von nennenswertem Einfluß auf die Parteigruppierung sein kann. Ueber das voraussichtliche Bild der kommenden Reichstagswahlen wird sich in unseren Reihen kaum jemand täuschen. Die Extreme von rechts und links werden gewinnen, die Leidtragenden werden aller Wahrscheinlichkeit

Versailles unter den Tisch!

Der amerikanische Senat hat alle Anträge zum Versailles-Diktat abgelehnt, auch den auf vorbehaltlose Ratifizierung. Dann legte man den ganzen „Vertrag“ beiseite und vertagte sich — auf unbestimmte Zeit, nachdem man noch einen Antrag Lodge, den Krieg mit Deutschland als beendet zu erklären, dem Ausschuss überwiesen hatte.

Wilson soll daraufhin sein herrliches Werk zurückgezogen haben.

Die „Chicago Tribune“ meint, die Nichterledigung des Friedensdiktats bedeute die Zurücknahme aller amerikanischen Truppen und Kommissionen aus Europa. Koblenz würde geräumt werden. Es könnten auch keine amerikanischen Truppen nach Oberschlesien gebracht werden zur Ueberwachung der Volksabstimmung. Alle noch ungelösten Fragen würden direkt ohne Amerika zwischen den allierten Großmächten und den Kleinstaaten geregelt werden. Die amerikanische Friedensabordnung wird sich angeblich am 5. Dezember nach New York einschiffen. Die letzten Sitzungen des Obersten Rates sollen am 3. oder 4. Dezember stattfinden. Die Friedensmacherie mit den Türken, Ungarn usw. bliebe dem holden Frühjahr überlassen.

„Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet, man sei in Paris allgemein der Ansicht, daß das Inkrafttreten des Friedensvertrages, der schon von drei Großmächten ratifiziert sei, seinen Augenblick länger hinausgeschoben werden dürfe.

Wahlen in Rumänien.

Die allgemeinen Wahlen für das rumänische Abgeordnetenhaus hatten folgende Ergebnisse: 103 Liberale, 58 Vertreter der Bauernpartei, 67 Nationalisten, 12 Sozialisten, 7 Progressisten, 6 Anhänger der Averbescu-Partei. In Siebenbürgen und den neu angegliederten Gebieten Ungarns wurden 146 Nationalisten und 46 Oppositionelle, in der Bukowina 12 Nationalisten, darunter zwei Deutsche, ein Jude und ein Ruthene, und in Bessarabien 86 Nationalisten und 28 Vertreter der Bauernpartei gewählt. In Bishineu wurde ein Sozialist gewählt. — Wenn die Nichtrumänen der erbenleuten Gebiete als „Nationalisten“ bezeichnet werden, so erkennt man, daß in dem Parlament eine ganze Menge Abgeordneter sein müssen, die nur Zwangs-Rumänen sind.

Wohl bekomm's!

Clemenceau muß bleiben.

In den Vandalenungen der Kammer ist man der Ansicht, daß Clemenceau noch bis zu den Senatswahlen im Januar im Amte bleiben müsse. Poincaré würde sich in Verlegenheit befinden, wenn er mit der Kabinettsbildung zu beauftragten hätte, wenn Clemenceau sich vor der Beendigung des Wahlgeschäfts zurückziehen würde. Die Freunde Clemenceaus, die Gelegenheit hatten, sich mit ihm zu unterhalten, hoffen, daß er sich bereitfinden wird, bis zu den Senatswahlen den Vorsitz im Ministerrat zu behalten. Clemenceau wird in der kommenden Woche nach Paris zurückkehren, um die durch die Nichtwiederwahl mehrerer Mitglieder des Kabinetts geschaffene Lage zu prüfen. Es hat den Anschein, als ob diese Minister ausserachtet werden würden, im Amte zu bleiben.

Die tolle Ungerechtigkeit des neuen Wahlgesetzes zeigen folgende Ziffern aus Paris: Thierry mit 36 000 und Delpas mit 75 000 Stimmen sind durchgefallen, während der Royalist Daudet mit 19 000 gewählt wurde. Rappaport ist trotz 45 000 Stimmen unterlegen, während der dissidente Sozialist Louché mit 22 000 Stimmen triumphierte. Die Sozialisten der Pariser Vororte mit 140 000 Stimmen bleiben ohne jede Vertretung. Die 265 000 Sozialistenstimmen von ganz Paris erhielten 19 Vertreter, während der nationale Block mit 380 000 Stimmen 36 Vertreter gefunden habe.

Nach dem „Populaire“ haben die Sozialisten 1 700 000 Stimmen erhalten. Louché führt aus, daß die sozialistische Partei seit den letzten Wahlen eine Zunahme von ungefähr 500 000 Stimmen zu verzeichnen hat. Bei einem ankündigen Wahlstem müßten den Sozialisten nicht 55 Sitze, sondern 130 bis 150 Sitze zufallen. Aber die Koalition der bürgerlichen Parteien und vor allem das ungedulde Wahlrecht bewirkt, daß die neue Kammer die reaktiven Kräfte seit 1871 sein und die Volkvertretung geradezu eine Parodie der Wünsche und Strömungen im Volke bilden werde.

nach die Demokraten und die Mehrheitssozialisten sein. Das darf man aussprechen, ohne in Angstmelei zu verfallen. Unsere Partei wird Stimmen und Sitze verlieren, darüber sind wir uns klar. Sie wird aber noch allimpflich abschneiden, wenn wir uns innerlich stark genug fühlen, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen und der Demagogie von rechts wie von links mit schneidigen

Waffen zu begegnen. Daß die „unabhängigen“ Bäume nicht in den Himmel wachsen, sobald wir nur die Phrasenreue entschlossen beim Schopfe nehmen, hat soeben der Ausfall der Kommunalwahlen in der mittleren und oberen Rheinproving gezeigt, bei denen auch die Rechtsparteien schlechte Geschäfte gemacht haben.

Immerhin werden die Unabhängigen — vorübergehend — erstarren, ebenso werden die Deutschnationalen neuen Zulauf von verängstigten Spießern bekommen. Die voraussichtliche Verminderung der mehrheitssozialistischen und demokratischen Mandate wird aber dann das Zentrum, dessen Mandatszahl wahrscheinlich nicht wesentlich verringert wird, im Reichstag zum Jünglein an der Wage und damit zur eigentlich herrschenden Partei machen. Unter veränderten Verhältnissen wiederholt sich die Konstellation, wie sie, mit Ausnahme der kurzen Periode des Willokblochs, einige Jahrzehnte im alten Reichstag vorhanden war. Die Folgen würden sein: eine maßlose Steigerung der Zentrumsanprüche an die Linksparteien, verstärktes Liebeswerben der Rechtsparteien beim Zentrum, fortwährende Drohungen dieser Partei mit dem Abmarsch nach rechts, wenn die Regierungsparteien der Linken nicht gehorfen nach ihrer Pfeife tanzen.

Daß innerhalb des Zentrums starke Kräfte am Werke sind, die auf eine Rechtschwenkung hinarbeiten, ist jedem klar, der Zeitungen liest. Adel und Bischöfe sind beim Zentrum eine nicht zu unterschätzende Macht, auch die führende Bauernschaft geht natürlich viel lieber mit Westarp als mit Scheidemann. Der organisierte Vorstoß der Zentrumsprelle gegen den preussischen Kultusminister verfolgt offensichtlich den Zweck, eine für die Wahlen sehr willkommene Kulturkampfstimmung zu erzeugen. An Ehrlosigkeit in der Wahl seiner Mittel wie auch an faktischer Versiftenheit ist das Zentrum nicht zu übertreffen. Wenn aber auch eine offene Rechtschwenkung dieser Partei aus gewichtigen Gründen, an deren Spitze die Jurist vor den eigenen Arbeitern steht, vorab nicht gut denkbar ist, so drohen doch die künftigen Wahlen eine politische Verdrängung zu schaffen, die die Sozialdemokratie schon jetzt in ihre Rechnung einstellen muß. Wir haben schon allzu oft parteipolitisch von der Hand in den Mund gelebt; vor Wiederholungen müssen wir uns hüten.

Die Frage der Einigung, wenn auch nur der Einigung mit dem rechten Flügel der Unabhängigen, gewinnt unter diesem Gesichtswinkel gesehen noch erhöhte Bedeutung. Eine ist freilich notwendig: daß wir die Einigung nicht etwa durch Preisgabe von Grundsätzen erkaufen, denn dann würden die letzten Dinge schlimmer sein als die ersten. Vor einer wasserigen Politik noch links und irgendwelchen Angehörigen an die „Diktatur des Proletariats“ muß unsere Partei sich nicht allein aus grundsätzlichen Erwägungen, sondern auch um deswillen hüten, weil ein Verlassen des demokratischen Bodens zugleich das Ende unserer Regierungsfähigkeit und die Brüstung jener bürgerlich-demokratischen und kirchlichen Wählerkreise bedeuten würde, die den jetzigen Kurs aus ehrlicher Ueberzeugung mitmachen und in ihren Parteien als Sauerteig wirken.

J. Meerfeld.

Heißt den Oesterreichern!

Grauenhaftes Elend herrscht in Wien und den größeren Städten jenes sammervollen Staatsgebildes, daß in St. Germain geschaffen wurde und nicht leben und nicht sterben kann. Die deutschen Alpenlande sind ein Garten, aber sie können sich nicht selbst ernähren und das dazu gefällige Deutsch-Westungarn wird höchstens der Gemütsnot einige Linderung bringen, aber nicht den Mangel an Getreide und Vieh decken können. Und ringsherum sitzen wenig freundliche Nachbarn. Deutschösterreich hat viel zu wenig Kohlen für seinen eigenen dringenden Bedarf. Seine Industrie muß stocden, denn die geringe Kohlenzufuhr reicht gerade aus, um Gas und Lichtstrom von einem Tag zum andern zu ernähren. Deshalb ist das Land auch außerstande, etwa durch Ausfuhr von Industrieerzeugnissen in die Ententeländer und in Uebersee Lebensmittel zu kaufen, deren Preis bei der fast vollkommenen Wertlosigkeit der deutschösterreichischen Krone einfach unerträglich ist.

Wenn das Stöbchen aus diesem unglücklichen Lande auf die Böcker der Entente und zumal auf ihre Regierungen und ihre Kapitalisten nicht gerade die erschütternde Wirkung auszuüben scheint, so begreift man das angelichts der Entferrnung, der Kriegsverheerung und besonders darum, weil die Ententevölker zwar Mangel und Fenerung, aber nicht den Hunger in seiner wahren Gestalt kennen gelernt haben. Wir dagegen wissen, was Hunger bedeutet.

Wir haben lange Jahre unter der Hungerblockade gestöhnt und gelitten. Nach und nach bringen jetzt die wissenschaftlichen Forschungen zutage, wieviele Hunderttausende von Kindern, Kranken und Alten der Hungerblockade erlegen sind, wie sie die Entwicklung der Kriegskinder und der Halbwüchsigen geschädigt hat. Der Hunger zehrt die Knochen auf. Drei- und vierjährige Kinder sinken fürperlich und geistig auf die Stufe einjähriger Menschenwesen zurück...

Bei allen schweren Ernährungsstufen, unter denen wir in Deutschland noch leiden, und so sehr gerade die Verkehrs- und Wetterzustände der letzten Wochen die Kartoffelversorgung in Frage gestellt haben, müssen wir uns doch sagen, daß unsere Ernährung noch besser ist als die der Desterreicher. Die geringere Ausmahlung des Brotgetreides ergibt nicht nur mehr Mehl für das Vieh, sondern vor allem ein wesentlich helleres und dadurch auch bedeutend nahrhafteres Brot. Die Protration konnte so heraufgehoben werden, daß man sie als beinahe ausreichend bezeichnen kann.

Wer könnte da dem Massensterben unter den Volksgenossen in Desterreich unbewegt zusehen, ohne den Wunsch zu hegen, nach seinen Kräften zu ihrer Rettung vor dem Hungertode beizutragen? Das ganze Land hat kaum 6 Millionen Einwohner und wenn man die selbstversorgende Bevölkerung abrechnet, dürften höchstens 3 Millionen Bewohner der Städte und Industriebezirke übrig bleiben. Wenn die mehr als 30 mal so starke Bevölkerung des Deutschen Reiches auf einen geringen Teil ihrer Protration verzichtet würde, so könnte damit den Desterreichern wirksam geholfen werden.

Sie eröffnet sich freiwilliger Solidarität eine Möglichkeit zu einer großen Tat. Wir sind überzeugt, daß dieser Ruf nicht ungehört verhallen wird. Denn an der Donau herrscht der blanke Hunger.

### Gegen die Schuldirektoren-Fronde.

Das Provinzial-Schulkollegium hat, wie bereits gemeldet, gegen den Direktor der Wilmersdorfer Goethe-Schule, Prof. Dr. Leonhard, auf Veranlassung des Kultusministeriums ein Disziplinarverfahren eingeleitet wegen der Beurteilung von Schülern zur Hindenburg-Feier. Prof. Leonhard ist gleichzeitig auf Grund der Paragraphen 2, 23 und 50 des Gesetzes vom 21. Juli 1852 vom Amte suspendiert und bis auf weiteres auf halbes Gehalt gesetzt worden. Wie der Korresp. B. S. mitgeteilt wird, soll auch gegen andere Schulleiter vorgegangen werden. Die in einer sozialdemokratischen Versammlung aufgestellte Behauptung, daß auch gegen den Leiter des Fichte-Gymnasiums, Dr. Müller, ein Disziplinarverfahren eingeleitet sei, trifft nicht zu. Auch gegen die Leiter der Schöneberger höheren Schulen ist noch kein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Hier liegen die Verhältnisse infolgedessen anders, als die Schulleiter nicht zur Hindenburgfeier aufgefordert haben, sondern nur Schüler beurlaubten, die darum eingekommen waren, da sie auch bei der Bezeichnung des Abg. Saase Urlaubsgesuchen erteilten.

Direktor Leonhard von der Goethe-Schule selbst übersendet uns folgende Berichtigung:

- 1. Es ist unrichtig, daß ich für reaktionäre Zwecke den Schulunterricht ausgeübt habe.
- 2. Es ist unrichtig, daß ich dem Vater, der sich über mich beschwerte, mit dem Staatsanwalt gedroht habe; vielmehr geschah dies letztere in hypothetischer Form.
- 3. Die unrichtige Angabe, daß ich jemandem das Wort entzogen habe, ist von Ihnen selbst bereits richtiggestellt worden.
- 4. Es ist unrichtig, daß, wie es in einer angeblich in der Landesversammlung angegebenen Anfrage heißt, ich in einer Schenkenversammlung zugegeben habe, die Schüler zu einer politischen Demonstration aufgefordert zu haben. In Wirklichkeit ist die Angabe der genaue Gegenteil davon erfolgt.

Geh. Studientat. Dr. Leonhard, Direktor der Goethe-Schule. Nach der Amtssuspendierung des Herrn Direktor Leonhard erübrigt sich für uns eine Auseinandersetzung mit ihm. Ueber die von ihm bestrittenen Punkte wird das Disziplinarverfahren ja Klarheit schaffen.

### Die russische und die französische Revolution.

Peter Krapotkin an Georg Brandes.

Ein Brief von Peter Krapotkin an Georg Brandes, der am 28. April abgeschrieben wurde und erst im September in Brandes Hände kam, wird im neuesten Heft des „Forum“ veröffentlicht. Aus diesem ersehen wir, daß alles, was in den letzten Monaten, gemeint aus imperialistischer Quelle, über den russischen Revolutionär veröffentlicht wurde, gelogen war. Man hätte ihm verschiedene Tode angedichtet: Selbstmord, Erschießung. Lenin und Krapotkin sind zwei große Antagonisten — aber inmitten eines und desselben Ideenreichtums. Lenin ist Zentralist, Krapotkin Dezentralist. Nun vergleicht Krapotkin die russische mit der großen französischen Revolution. Seinem Brief an Brandes entnehmen wir die Sätze: „Ich kann heute kaum mehr, als Ihnen eine allgemeine Uebersicht über die Dinge in Russland geben, die meiner Ansicht nach in Westeuropa vollkommen unübersehbar werden. Ich will sie an einem Beispiel illustrieren: Wir erleben heute dasselbe wie Frankreich während der Jakobinerzeit, September 1792 bis Juli 1794, mit dem Unterschied, daß es heute eine soziale Revolution ist. Die dikatorische Gebärde der Jakobiner war falsch; sie vermochte keine haltbare Autorität zu begründen. Folge davon ist Reaktion. Doch vollendeten die Jakobiner im Juni 1793 den 1789 begonnenen Aufbau der Arbeitskollektive, was weder die Konstituante noch die legislative Versammlung gewollt hätten. Sie profanierten die politische Gleichheit aller Bürger. Zwei bedeutende prinzipielle Änderungen, die sich während des 19. Jahrhunderts durch ganz Europa fortzogen.“

Ein Kollektiv geschieht in Russland. Die Bolschewiki wollen mittels der Diktatur eines Teils der Sozialdemokratie die Sozialisierung des Bodens, der Industrie und des Handels durchsetzen. Diese Umformung ist das Grundproblem jeglichen Sozialismus. Jeder geht über Methode, die einen dem von Babeuf vorgeschlagenen Kommunismus sehr ähnlichen Staat aus diesem äußerst zentralisierten Reich schaffen will — wo dazu des Volkes ganze Arbeitskraft geklämt wird — ganz und gar fehl. Und das führt zu einer wilden, bössartigen Reaktion. Diese sucht sich schon zu organisieren: sie bemüht die allgemeine Schwäche, das Produkt des Krieges, die ungeheure Hungersnot im ganzen Land und die vollkommene Verzerrung in Produktion und Handel, die in einer solchen durch Beschlüsse realisierten Revolution unübersehbar eintreten müssen.

Die Besinnlichen wollen mit bewaffneter Macht die „Ordnung“ in Russland wiederherstellen. Nun, Sie wissen, heurer Freund, welche eine verheerende Handlung das gegen den sozialen Fortschritt in Europa war, als gewisse Mächte die Handelsblockade Russlands zu bedrohen begannen — die Folge davon war die Verlängerung des Krieges um ein Jahr, der deutsche, von einem Vertrag ausgehende Einfall und ein Blutbad nach dem anderen, um zu verhindern, daß Deutschland ganz Europa mit seines Kaisers Eitelkeit niederträte. Sie kennen diesen meinen Gedankengang.

Krapotkin protestiert gegen die entmenslichen bewaffneten Einmischungen in Russland. Er schildert die allgemeine wirtschaftliche

### Deutschnationales Bombenattentat.

Nach einer Meldung eines Mittagsblattes wurde in der Nacht zum Freitag gegen die Expedition der unabhängig-sozialistischen Zeitung „Der Kampf“ in München ein Bombenanschlag verübt, wodurch erhebliche Zerstörungen angerichtet wurden. Ein vorgefundener Fessel mit der Aufschrift „Hindenburg und Ludendorff sollen von Drähtbergern und Gefinnungstumpen nicht ungekrast befehdet werden“, läßt darauf schließen, daß deutschnationale Partisanen die Urheber des verbrecherischen Anschlages sind. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Zu dem Leipziger Bombenattentat (siehe im Gegensatz zu den bisherigen Meldungen die „Freie Presse“ in Leipzig, unser Parteiorgan, daß bisher keinerlei positive Beweise dafür vorliegen, daß es sich um ein kommunistisches Attentat gehandelt habe. Auch die Nachricht, daß bei einem verhafteten Kanne schwer belastendes Material gefunden worden sei, wird als unrichtig bezeichnet. Es wird also das Ergebnis weiterer Ermittlungen abzuwarten sein. Wenn freilich die „Freiheit“ von einem rechtssozialistischen Attentat auf die „Wahrheit“ redet, so muß festgestellt werden, daß sie es selber mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt, da sie den ganzen Vorgang darstellt mit den Worten: es habe in dem Hause des Leiters der Technischen Hochschule einen Knall gegeben, bei dem niemand zu Schaden kam.“ In Wirklichkeit ist durch die Explosion schwerer Sachschaden angerichtet worden, und es war nur ein Zufall, wenn Personen nicht verletzt wurden.

### Deutschnationaler Protestrummel.

Die Deutschnationalen des Kreises Svinemünde veranstalteten eine große Haupt- und Staatsaktion gegen den sozialdemokratischen Landrat Genossen Hunger, der an Stelle des Erzreaktionärs v. Loebell das Amt erhalten hat. Genosse Hunger hat das ungeheure Verbrechen begangen, am 9. November die Festrede für die Revolutionsfeier zu halten. Irrendwelsche Laiflosigkeiten vermag ihm dabei selbst die Bescheidenheit nicht nachzulassen. Im Gegenteil: Unverschämtheiten und Niedertracht werden erst durch die Beschwerdebüchlein bereingebraucht. Diese weiß an der Hungerschen Rede nur Dinge auszuheben, wie die, daß Hunger erklärt hat: die jetzt regierenden Männer hätten es verstanden, Deutschland vor dem Schlimmsten zu bewahren. Dazu schreibt die Beschwerdebüchlein:

Diese Behauptung müssen wir auf das entschiedenste zurückweisen. Die Revolution hat uns tatsächlich unseren Feinden gegenüber wehrlos und dadurch ehelos gemacht und den politischen, militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch unseres Vaterlandes herbeigeführt.

Diese Ausgeburt deutschnationaler Unterschämtheit kann die Regierung nur richtig beantworten, indem sie sie in den Papierkorb werfen.

Vielleicht haben die Herren Deutschnationalen einmal die Güte, sich zu erinnern, wie die Landräte des alten Systems an Kaisergeburtstagen, Sedantagen usw. hochpolitisch Perikulationen gegen die Sozialdemokratie gehalten haben unter dem jubelndem Beifall der Leute, die sich jetzt beschweren.

### Vorschau auf Freiheit.

Bremer Deutschnationales haben Herrn Helfferich telegraphisch 900 M. angemessen, um die bisher verhängten Strafen zu decken und die nachfolgende: — Herr Helfferich wird von seinen Parteifreunden richtig eingeschätzt. Sie wissen, daß ein Mann seines Kalibers sich mit zwei Unterschämtheiten nicht begnügen kann und die Drei aller guten Dinge mindestens zwei machen wird. Doch fürchten wir, daß auch 900 M. nicht reichen werden und halten nach dem bisherigen Auftreten Helfferichs weitere Geldsammlungen großen Stils unter den Deutschnationalen für dringend geraten.

Vom Angestelltenauschuß der Firma A. Wertheim erhalten wir ein Schreiben, das entschiedenste Verwahrung gegen das

Neuhering eines Redners auf einer unserer Sonntagsvorlesungen einlegt, der von Helfferich gesagt hatte, er mache den Eindruck eines Rayonchefs von Wertheim, der schlechte Manieren habe. Die Rayonchefs der Firma Wertheim protestieren gegen jeden Vergleich mit Herrn Helfferich und erklären, daß jeder einzelne von ihnen entschieden ein besseres Benehmen an den Tag gelegt hätte als Herr Helfferich. Außerdem wären sie bei ihren Einkommensverhältnissen nicht in der Lage, bei zweimonatiger Beurlaubung zu einer Geldstrafe von 300 M. mit der unheimlichen Geste des Herrn Helfferich nach der Briestafel zu greifen. — Wie nehmen diesen Protest gern zur Kenntnis.

### Wie es gemacht wird.

Wie ein Jesuitischer Kreisch und tödt der fromme „Reichsbote“ mit überschlagernder Stimme über jüdische Herausforderung, „Schlag ins Gesicht der deutschen Christenheit“, „Verhöhnung und Beleidigung des Christentums durch die Juden“ usw. usw. Was ist los? — Der Untersuchungsausschuß hat am Vortage verhandelt. Oder vielmehr nein, er hat gar nicht verhandelt, aber der Vorsitzende Gothein hat angefragt, ob man am Freitag verhandeln wolle. Als hiergegen Bedenken erhoben wurden, hat er sofort die Anzeigung fallen lassen. Herr Gothein ist kein Jude und nie einer gewesen, sondern ein evangelischer Christ. Der Vortag ist abendrein gar kein liturgischer Feiertag, sondern eine staatskirchliche Eintrichtung, der gerade sehr fromme und orthodoxe Christen durchaus ablehnend gegenüberstehen. Aber in dem Untersuchungsausschuß sitzen zwei Juden, die sich zwar zu der ganzen Sache gar nicht geäußert haben, aber das zeigt natürlich ihre Verfaßtheit. Also, der Jude ist gewesen, der Jude wird verbrannt! Schlagt die Juden tot!

Mit klammernder Entrüstung fordert der „Reichsbote“ zu Protestversammlungen im ganzen Reiche auf. Wozu? Wegen die Juden? Er sagt es. Uns scheint, daß auch hier nur die Judenhete mit Gewalt herangezogen ist, um gegen den Untersuchungsausschuß und die Republik zu wühlen.

### Die neuen Steuergesetze.

Der Nationalversammlung werden in den nächsten Tagen die drei von dem Reichsfinanzminister Erzberger in Aussicht gestellten Steuergesetze zugehen: Das Reichseinkommensteuergesetz, das Kapitalertragssteuergesetz und das Landesbesteuernsteuergesetz. Die steuerfreie Grenze für das Reichseinkommensteuergesetz beträgt 1000 M. Der steuerfreie Einkommensanteil erhöht sich für die erste, zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende Person um 500 M., für jede weitere um 300 M.

Von den Erträgen aus Kapitalvermögen wird eine besondere Kapitalertragssteuer erhoben, die zwischen 10 und 20 Prozent der Kapitalerträge schwankt. Die Hinterziehung der Kapitalertragssteuer wird mit einer Geldstrafe vom Einfachen bis zum Zwanzigfachen der hinterzogenen Steuer bestraft. Daneben kann auf Gefängnis erkannt werden.

Das dritte Gesetz ordnet die Steuerordnungen der Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände. Neue Steuerordnungen letzterer bedürfen der Genehmigung.

### Sie wollten den Krieg nicht.

Wenn die alldeutschen Kreise, voran ihr Leiborgan, die „Deutsche Tageszeitung“, neuerdings wieder zu betreten wagen, daß sie noch kurz vor dem Weltkrieg den Krieg als „Jungbrunnen“ gepriesen und ihn herbeigewünscht haben, so kann das dem Eingeweihten nur ein Lächeln abnötigen. An Stelle der Hunderte von Beispielen, die sich für die alldeutsche Kriegsverherrlichung anführen ließen, seien heute nur einige gegeben:

Als zu Pfingsten 1913 in Bern eine Versammlung deutscher und französischer Parlamentarier zum Zwecke einer Verständigung bogte und aus der Schweiz Klagen darüber laut wurden, daß gegenüber 100 französischen nur etwa 30 deutsche Anmeldungen erfolgt seien, schrieb das agrarische Hauptblatt am 8. Mai 1913:

„Nach Lage der Dinge sind auch das noch immer rund 30 deutsche Anmeldungen zuviel.“

Rot Russlands und schlicht: „Statt sich in der Rolle zu gefallen, die Oesterreich, Preußen und Russland 1792 gespielt haben, hätten die verbündeten Mächte alles tun sollen, um das russische Volk aus diesen Mißverhältnissen zu reißen. Und übrigens: wollte man auch neue Moore den Blut fließen lassen, um Russland in seine Vergangenheit zurückzuführen, es wäre vergebens.“

Der Brief läuft in Worte aus, die den Entschluß zulassen, daß Krapotkin die Hoffnung nicht aufgibt, die Entente werde für eine ernstliche Rücksicht am sozialen Aufbau des neuen Russland zu haben sein. Wenigstens mahnt er, daß man nicht Diplomaten und Generale, sondern Prof. Werkzeuge, Organisatoren senden solle.

Die außerordentliche Generalversammlung der Freien Volkshäuser, die gestern abend im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfand, wurde durch ein Referat über die Sozialpolitik des Theaters eingeleitet, das Dr. Selig vom Kultusministerium erstattete und über das wir noch ausführlicher berichten. Es folgten Mitteilungen Dr. Rehrig über die mit der Neuen Freien Volkshäuser zurzeit gepflogenen Verhandlungen zwecks Kündigung des Verlängerung des Verbandvertrages oder Verschmelzung der beiden Volkshäuser. Die Anträge des Vorstandes, die Freie Volkshäuser in das Vereinsregister einzutragen zu lassen und die dazu nötige Statutenänderung vorzunehmen sowie die Mitgliedszahl des künstlerischen Ausschusses zu verdoppeln, wurden ohne Widerspruch angenommen. An Stelle von Courad Schmidt, der nach 20jähriger Tätigkeit in der Vereinsleitung sein Amt als 1. Vorsitzender niederzulegen wünscht, wurde Dr. Rehrig zum 1. Vorsitzenden gewählt. In den künstlerischen Ausschuß wählte die Versammlung als neue Mitglieder neben den bisherigen die Herren Baron, Döber, Prof. Scheinflug, Prof. Conrad Schmidt, Stiller und Frau Kautzka. Nachdem der Geschäftsführer Winkler den Stellenbericht erstattet hatte und ihm Entlohnung erteilt worden war, wurden verschiedene Wünsche und Beschwerden der Mitglieder vorgetragen und die Anregung gegeben, auch den Erwerblosen den Theaterbesuch zu ermöglichen. Winkler wies auf die allerdings noch ungenügenden Maßnahmen hin, die in dieser Hinsicht von der Stadt Berlin in Verbindung mit der Volkshäuser und den Staatstheater bereits getroffen worden sind.

Zum Schluß machte Dr. Selig Mitteilung von einem Plan, die Volkshäuserbewegung von Berlin aus über eine Anzahl von Industriestädten auszuweiten unter finanzieller Mitwirkung des Reichs und Preußens. Mit dem Hinweis auf die neuen Aufgaben, die von der Freien Volkshäuser in der nächsten Zukunft zu erledigen sein werden, schloß Barde die außerordentliche Generalversammlung.

Im Schauspielhaus spielt der junge Herr Reich Rortner jetzt den Franz Moor. Als er im Theater der „Tribüne“ zum erstenmal auftrat, überraschte er durch eine sehr entwickelte Sprachkunst, die selbst in tragischen Augenblicken nicht der falschen Ueberschwenglichkeit verfiel. Er war kann ein etwas weiser, so arg in Lüstele hineinholender Rortner. Das Dämonische schien seine Sehnsucht. Und nun, da er den Franz Moor spielt, muß ihm nachgelagt werden, daß er ihn keineswegs mit einem bösshaften Schürle

verwechelt. Er will ein Edelmann und ein Schurke zugleich sein. Das Dämonische macht ihm wenig Sorgen. Er geht auf alle Schafe, fängt jedes Meerschweinchen. Ein Carl begabter Jüngling, kein Unmittelbarer, aus dem Ueberfluß Schöpfender, sondern ein Nachfahre des Mittelalters, der mit Weisheit alles Alte und Gute meistern lernt. Das sieht nach Genie aus; es ist aber nur vornehmlich und mit Ausdauer erworbene Kombinationsbildung. Kein Versuch, moderne Auslegung in der Nachbuden hineinzusetzen. Nur am Schluß liegt eine virtuose gebrauchte Arienkapitel, Franz, der zum Ende des Selbstmords hinwinkt, hat in all seinem Verzweiflungsgedichte eine kluge Gesamtschau, Bedauern, wie sie der Epikureer des Lombroso aus sich herauserschleudert, und eine Gräßlichkeit des Stimmens, die zur Größe wird. Die Feinden, die dem jungen Künstler vorausgehen: Hochbegabtes Geniepotenzium, das nach Vertiefung und Verklärung braucht, damit es menschlich ercheine.

„Schattenspiele“ nennt Felix Philippi, der Berliner Bühnenrevisor vier dialogische Kleinigkeiten, die — man sieht es ihrem Verfasser schwerlich an — als eine Fortsetzung des am Theater der Friedrichstadt gepflegten Genres norddeutscher Pantomimen zu erachten sind. Theaterkundige Theatervorliebhaber werden freilich kaum zu entdecken vermögen. Den Sittenkommissar, der in „Affekt“ schließlich hospitalistischer Teilhaber eines bislang heftig überkriterten Freudenlaufes und so gewissermaßen Vordermutter wird, hat bei Bernard Shaw sein Vorbild. Die Versuchung — Thema: Josef und die Weiphar, vulgo schäblicherer Venediger und moderne Volkstheaterin, spielt seit Dumas Vater in der Literatur aller „jubilanten“ Völker. Die „Kusschuld vom Lande“ — rechte Spreewaldkomödie und Votodamer Grenadier von anno dagumal — ist eine Variante von Dreiners „Tag des Lebens“. Und „Joujou“ — worunter ein väterlicherseits subventioniertes „Pöbelstüm“ des studentischen Herrn Sohnes zu denken ist, das der Papa, als letzterer seine, verleiht sich pariserische Vernunft und Gelbheirat mit einer Gesellschaftsdame eingeht, schlafweg übernimmt. Das Stückchen hat seinen Reiz darin, daß Philippi bereits im ersten Akte die Wendung des zweiten vorwegnimmt. Alles in allem Richtige, was das Stoffliche anlangt; entscheidend werden die etwas enttäuschenden Zuschauer durch bühnische dialogische, gewisser spannender Reize nicht entbehrende Färbung. Die Darsteller verstanden den Dichter und weitesterten in spielerischen Arrigkeiten, so daß, was fündhaft pikant scheinen soll, nicht durch Unterbreichungen vergrößert wurde.

E. A.

Theater. In der Volkshäuser wird im Volkshäuser Predigt in Frauen“ die Rolle des Rahors Demant abwechselnd von Friedrich Kayser und Eugen Offenbach zur Vorführung gebracht. — Das kleine Schauspielhaus führt am Totenstas, da der Volkshäuser die Aufführung von „Alte und Neut“ verdrängt, Schillers „Fiesco“ auf. — Im Deutschen Theater findet am nächsten Mittwoch die Uraufführung von Gerhart Hauptmanns „Glückseligwerden“ und „Alte und Neut“ statt. Sippa wird von Elie Lederberg dargestellt.

Die Sorauer Textil-Vereinigungskasse wird fortan von dem hiesigen Künstler dozierenden Prof. Dr. F. Lohrer geleitet werden.

Man behenke die notwendige Wirkung solcher Worte auf das Ausland, dessen Wache unserer Scharmachepresse allerdings stets als quantitativ négligable galt, während wir heute die hierbei gemachten Fehler seit Jahren schmerzhaft am eigenen Leibe spüren.

Auf dem Alldeutschen Verbandstag in Erfurt 1912 (vgl. „Erfurter Allg. Anzeiger“ vom 9. September 1912) erklärte der Vorsitzende der Ortsgruppe, Herr v. Vietinghoff-Scheel, daß unsere Grenzen zu eng seien:

„Wir müssen landhungrig werden, neue Siedlungsgebiete erwerben, sonst werden wir ein sinkendes Volk, eine verarmte Rasse. Aus echter, wahrer Liebe müssen wir an unser Volk und seine Zukunft denken, wenn man uns auch Kriegs- und Raublust brennt.“

General Heim aus Berlin betonte, daß der Weg zur Einigung und Macht Deutschlands nicht mit Tintenfassern, Druckerwärzger und parlamentarischen Beschlüssen gepflastert war, sondern durch Blut, Wunden und Waffentaten bezeichnet sei.

„Staaten werden nur durch die Mittel erhalten, mit denen sie geschaffen wurden. Deshalb gibt es, einzutreten für ein starkes Heer und eine mächtige Flotte. Die letzte Wehrvorlage hat dieser Notwendigkeit nicht genügt, um einen Sieg Deutschlands zu verbürgen; die allgemeine Wehrpflicht ist noch nicht durchgeführt. Heer und Flotte müssen aber auch von innerlichen, sittlichen Werten erfüllt sein, und was unser ganzes Volk anlangt, lehnen wir Duden und Sidschusen, Weile ohne Eile, Wägen ohne Wogen ab.“

Zeitungsverleger Dr. Vohl verließ der Hoffnung Ausdruck, daß die Jugend besser sein werde als die Väter, die durch den Tod getriebenen Läden ausfüllen, die Schlachtreihen verlängern, die Sturmsäulen vertiefen helfe.

Als letzter Redner erwähnte Herr v. Brochem, die Waffenkraft zu halten und des Schwertes Schneide in Ruhe zu prüfen. Sentimentalität, Humanität, und Friedensbühnen seien die Gefahr, daß ein Weltbürgertum das Deutschland überwachere. Er schloß seine Ansprache mit den schönen Worten:

„Wäge unsere Jugend heranzuwachsen für den kommenden Tag erneuten ersten Kampfes, den Entscheidungskampf über Deutschlands Sein oder Nichtsein.“

In der Ortsgruppe Berlin des A. D. V. (vgl. „Berliner neueste Nachrichten“ vom 26. Oktober 1912) hielt Dr. Schmidt-Blichensfeld, Herausgeber der Politisch-Anthropologischen Revue, einen mit außerordentlichem Beifall begrüßten Vortrag über: „Der Krieg als Schöpfer der Staaten“. Er betrachtete den Krieg vom biologischen Standpunkte aus. Seine Ausführungen in Millionen von Flugblättern über ganz Deutschland verbreitet — wie das am Schluß sehr lebhaft gefordert wurde — mühten die besprochenen Ansichten über Krieg und Frieden von Grund aus umzuwerfen und den Pazifisten schwere Stunden bereiten. Es erwies sich als über jeden Zweifel erhoben, daß der regelrechte Krieg nicht nur die vom biologischen und wahrhaft kulturellen Standpunkte aus denkbar beste und edelste, sondern auch die für den Bestand des Staates und der Gesellschaft von Zeit zu Zeit unbedingt nötige Lösung sei. Während jede Form des Kampfes um Dasein und Macht, wie der Vortrage zeigte, die Menschen und Völker schließlich zugrunde richtet, Staat und Gesellschaft zerstört und zuletzt völlig auflösen müsse, wolle im Gegenteil die kriegerische Form für Staat und Gesellschaft aufbauend, befestigend, erhaltend. Mit besonderem Beifall wurden die Ausführungen über jene außerhalb jedes völkervertraglichen Kampfes sich betätigenden „friedlichen Eroberer“ deren Kampfweise und Kriegstüchtigkeit begrüßt. Schon im Frieden müssen Maßnahmen dagegen ergriffen werden. — An der sich anschließenden Erörterung beteiligten sich eine Reihe von Militärs und Ratenschreibern, die die Ausführungen des Vortragenden als ein Meisterwerk der Erhellung des Krieges festsahen, und daß in der Tat eine Weiterentwicklung dieser trefflichen Gedankensfolge im Volke zu wünschen sei. Der Vortragende gab noch die Erklärung ab, daß der Vortrag demnach in der obengenannten Zeitschrift abgedruckt und in Sonderabdrücken Verbreitung finden werde.

Erwähnt sei ferner die Sitzung des Gesamtausschusses in Braunschweig (vgl. „Leipziger neueste Nachrichten“ vom 2. Dezember 1912). An erster Stelle berichtete der Vorsitzende, der berühmte Rechtsanwalt Glag über die politische Lage mit besonderer Berücksichtigung des Balkankrieges:

„Wir wünschen, daß beide Mächte dem Friedensbedürfnis nicht das Opfer internationalen Ansehens belangen und nicht vor schwachen Annäherungen zurückweichen. Es ist ein schlechter Gewinn, jetzt einen Krieg zu vermeiden, um ihn, wer weiß wie bald, unter viel ungünstigeren Verhältnissen aufzubringen.“

In der Ortsgruppe Hamburg (vgl. „Hamburger Nachrichten“ vom 19. Januar 1913) erklärte eine der Redner der Alldeutschen, General v. Liebert:

„Die Völker, die sich vermehren, wollen sich wirtschaftlich ausdehnen, sie werden zur imperialistischen Politik gezwungen und andererseits dazu gedrängt, Wirtschaft zu treiben, die auf Ausbeutung des Reiches beruht. Ein Volk, das sich so stark vermehrt hat, wie das deutsche, ist gezwungen, eine stetige Expansionspolitik zu treiben. Es muß schließlich ausgesprochen werden, daß seit dem Austritt Bismarcks der Wille zur Macht fehlt.“

Schließlich noch eine Probe aus der Sitzung des Gesamtausschusses in München (vgl. „Tägliche Rundschau“ vom 21. April 1913). Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Glag, führte aus:

„Wenn wir heute der Regierung für die großzügige Wehrvorlage danken, so wollen wir aber auch zum Ausdruck bringen, daß die deutsche Wehrmacht auch ihre Verwendung finde, falls unglückliche Kriege ausbrechen oder Kriege unserer völkischen Bedürfnisse und entgegenstellen. Unter solchen Umständen muß man Dasein und Geltung nicht aufgeben. Es muß für Ruhestillen sorgen, daß Deutschland nicht nur wirtschaftlich seine Zukunft sichern, und das ist nur möglich, indem es entschlossen zu aktiver Politik übergeht.“

Genügt's der „Deutschen Tageszeitung“ fürs erste? Weitere Proben ähnlicher Kalibers sind, wie gesagt, wohlfeil wie Brombeeren, aber die Häufung könnte den Eindruck von interessanten Einzelheiten wohl nur abschwächen!

**Kleine politische Nachrichten.**  
Am Haases Nachfolger. Nach Meldung der „Neuen Berliner“ dürfte Henke der Nachfolger Haases als Fraktionsvorsitzender der U. S. V. werden, während auf seine Nachfolgerschaft im Vorhinein der Reichstagspräsident neben Henke auch Ledebour und Däumig Aussicht haben. Henke pendelt zwischen den linken und rechten Flügel der U. S. V., Däumig und Ledebour stehen entschieden links.

Eine Mark = 6 Centes holländisch — so stehen wir da. Eigentlich nicht mal ganz so, denn sie notiert 5,25 Centes. Und sinkt unbedenklich.

# Groß-Berlin

## „Gestatten Herr Geheimrat“

Es gehörte zum Wesen des Beamtentums im alten Obrigkeitsstaat, daß der „Untergebene“ seine gebotene Ergebenheit bei jeder Gelegenheit zu unterstreichen hatte. Besonders zwischen „unteren“ Beamten und „mittleren“ im Gegensatz zu den „höheren“ mußte das zum Ausdruck kommen durch eine Nachahmung der Kaiserlichen Manieren, die eines freien Mannes unwürdig sind und mit der notwendigen Achtung vor Vorgesetzten nicht zu tun haben. Bei vielen Behörden wird heute die Anrede „Sie“ nicht als ausbrechend angesehen, es muß die Anrede im dritten Fall sein; nicht „Gestatten Sie, Herr Geheimrat“ nein. Wenn Herr Geheimrat gestatten... Vielleicht wäre es angebracht, wenn die Zentralbehörden allgemein bestimmen: im dienstlichen Verkehr ist die Anrede im dritten Fall nicht zu gebrauchen. Für republikanisch gestimmte Beamte sollte eine solche Anweisung unzulässig sein, für schwächere Gemüter wäre sie aber sicher von Nutzen.

## Eine praktische Regelung.

Uns wird geschrieben:  
Meine Frau erhielt — ich glaube, es war im Mai d. J. — an Stelle von Kartoffeln Kartoffelmehl, welches jedoch ungenießbar war. Ich reklamierte an die Abteilung für Nahrungsmittel, und nach wochenlangem Warten bekam meine Frau eine Versicherung auf andere Lebensmittel auf eine Firma in der Großen Frankfurter Straße. Geiern wollte nun meine Frau die Lebensmittel aus der Großen Frankfurter Straße abholen, aber, o Schred, ihr wurde die Mitteilung, daß Strich — um diesen handelt es sich — nicht vorrätig sei; aber, so wurde ihr gesagt, man habe denselben vor einiger Zeit freihändig verkauft.

Rum frage ich öffentlich den Magistrat, Abteilung für Lebensmittel: War es nötig, mich zu verlangen, daß ich vom Daleschen Tore, in dessen Nähe ich wohne, die Lebensmittel aus der Großen Frankfurter Straße hole? Wer vergütet mir die alten verdorbenen Lebensmittel, die bei mir immer noch zur Verfügung des Magistrats lagern? Wer gibt mir das verbrauchte Habende wieder? Von der Zeit ganz abgesehen? Ich fordere den Magistrat nunmehr auf, die Sache so zu erledigen, wie es einem gewissenhaften und anständigen Kaufmann geziemt!

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Beilage bei.

Eine unbegriffliche Summe! Die Frau eines Reichwehroldaten klagt bitter darüber, daß ihr die Unterhaltung für sie und ihre Kinder oft mit großer Verzweiflung zugeht. Solange der Mann zum Kriegsdienst gehörte, erhielt sie die Unterhaltung, wie in der Kriegszeit, im voraus bezahlt, und zwar pünktlich am 1. und 15. jedes Monats. Nachdem er aber zur Reichswehr übergetreten war, wurde die Unterhaltung nicht nur niedriger bemessen (was wohl aus der höheren Veremung des Soldes für den Mann zu erklären wäre), sondern die Zahlung erfolgte auch erst am Ende des Monats. Ober vielmehr: da sollte gezahlt werden! In Wirklichkeit aber trat das Geld nie vor dem 4. ein, und einmal erhielt sie es sogar erst am 6., nachdem sie inzwischen bereits eine Mahnung gelangt hatte, die dann beim Bezugsstellen ein bestes Dupend Schreiben in Bewegung setzte. Im November hat sie es nun erleben müssen, daß sie noch am 18. auf die Unterhaltung für den Monat zu Ende gekommenen Oktober warten mußte. Sie hat bereits eine zweite Mahnung abgelehnt, auf deren Erfolg sie zu der Zeit, wo sie uns ihr Leid sagte, noch wartete. Um nicht ihre Kinder hungern und frieren zu lassen, hatte sie die Miete schuldig bleiben müssen, auch die Vordrechnung nicht bezahlt und alles Entbehrliche auf Reckamt getragen. Der Mann schickte von seinem Sold, aber das allein kann natürlich nicht ausreichen. Daß sie die Unterhaltung so unpünktlich bekommt, wollen ihr die Leute, schreibt sie uns, gar nicht glauben. Von dem Soldaten wird im Dienst strenge Pünktlichkeit verlangt, aber Unpünktlichkeit bei der Unterhaltungsabteilung ist man für zulässig zu halten. Denkt man denn gar nicht daran, daß alle Lebensmittel teuer sind und der Winter frühzeitig einsetzt hat?

Die Aluminiumhändler auch Zuckerhändler. Die Gesellschaft von Aluminiumhändlern plante noch weitere große Schließungen, die jedoch gleich im Beginn bereitwillig wurden. Der Berliner Tiefbauingenieur veranlagte den Eisenbahnminister der Postwerke und den zuletzt in Schwerin tätigen Angehörigen Hellmann des Reichsvermessungsamtes, der bei der Aluminiumhändlerung noch nicht beteiligt war, die Schließungen zurückzugeben. Zunächst war es auf Zucker abgesehen. Der Eisenbahnminister und Hellmann fertigten für einen stellungslosen gemeinsamen Beamten aus Wittenberg in Hellmanns Wohnung in Südde eine falschen Militärpaß an, mit dem er sich bei der Eisenbahn eine Anstellung an dem Knotenpunkt Hallenberg verschaffen sollte, um von da aus gelegentlich Schließungen ins Werk zu setzen. Als die Anstellung an dem Knotenpunkt Hallenberg verschaffen sollte, um freunden Eisenbahnbeamten für die Schließungen zu gewinnen. Dieser ging um alle Beteiligten zu entlarven, zum Schein auf den Plan ein, machte aber sofort seiner Behörde Anzeige. Er stellte mit einem Wagon Zucker, der für Außenwache bestimmt war und über Wittenberg kommen mußte, den Schieber eine Falle. Der Tiefbauingenieur besorgte für die Schließung eine Berliner Adresse. Als Abfertigung sollte wieder Schachballe angegeben werden. Einen entsprechenden Stempel hatte man sich von einer Berliner Spezialfabrik anfertigen lassen. Als nun aber der Mann mit dem falschen Militärpaß im Wartesaal zu Wittenberg gerade dabei war, nach dem richtigen Frachtbriefe die bahnamtlichen Vermerke in den falschen einzutragen, wurde er von verlässlichen Ueberwachungsbeamten festgenommen. Am nächsten Tage wurde auch der Eisenbahnminister der Postwerke, der ebenfalls nach Wittenberg gekommen war, von der dortigen Polizei dingfest gemacht. Von den Beteiligten hatte sich der Kommandeur der Postwerke bereits wegen Eisenbahnbestrafung zu verantworten. Er verbat sich deshalb in Höflichkeit eine längere Gefängnisstrafe. Dem ständigen Hellmann ist es nach den bisherigen Ermittlungen wahrscheinlich gelungen, ins Ausland zu entkommen. In seiner Wohnung in Südde fanden die Beamten des Landespolizeiamtes noch viele falsche Frachtbriefe des Postamtes, die er nach richtigen, von dem Eisenbahnminister ihm besorgten zu weiter geplanten Schließungen in Berlin hatte anfertigen lassen.

Verhaftung eines gefährlichen Einbrechers. Als Mitglied einer gefährlichen Berliner Einbrecher- und Räuberbande wurde in Frankfurt a. M. der Italiener Paul Carlo verhaftet. Die Bande besteht aus 15 Köpfen. Man geriet auf ihre Spur, als man in einer Woblfache Ermittlungen anstellte. Ein Kohlenhändler in Berlin, bei dem schon wiederholt eingebrochen war und der sich deshalb nach seinem Lager auslief, war von Einbrechern erschossen worden. Die Kerle fielen erst, als der Sohn des Ermordeten herbeigeeilt war. Wie die Nachforschungen ergeben haben, gehörten die Räuber zu einer Einbrecherbande, die schon seit März ihr Unwesen trieb. Von Verhafteten erfuhr man, daß Carlo, der am Wort beteiligt gewesen sein soll, sich nach Frankfurt gewandt habe. Es gelang auch dann, ihn nach kurzer Zeit festzunehmen.

Ein Opfer des Schneefalles ist der 44 Jahre alte Klempner Hugo Kleinert geworden. Kleinert war mit einem Arbeitskollegen auf dem Dache des Hauses Burggrafenstraße 5 damit beschäftigt, es vom Schnee zu säubern. Als er nur eine Schneebank kletterte, löste sich diese plötzlich und Kleinert rutschte mit dieser

dem Dache hinab. Das Seil, das er sich zum Schutze umgebunden hatte, riß bei dem Sturz und so fiel der Mann mit der Schneemasse auf den Kopf hinab. Er wurde nach der Rettungswache am Aufseherstand gebracht, dort konnte der Arzt nur noch seinen Tod feststellen.

Erbschaftsschwindel. Hunderttausende erbenet. Mit gefälschten Berliner Nationalitäten, Versicherungspolice und Rechtsanwaltschreiben „arbeitete“ ein Erbschaftsschwindel, der seit länger als einem Jahr die ganze Provinz und das Reich heimlich, bis er jetzt endlich unschädlich gemacht wurde. Ein Mann von etwa 25 bis 30 Jahren, der sich überall Heinrich Steffens aus Duisburg nannte, legte Banken und Privatleuten Versicherungspolice vor, nach denen er Anspruch auf einen erheblichen Teil einer großen Erbschaft hatte. Diese Ansprüche erdichtete auch als zu Recht bestehend, weil sie durch allerhand Schriftstücke von Berliner Notaren und Rechtsanwaltsbüros bestätigt waren. Auf Grund der Polizeien und der Versicherungsscheine trat „Steffens“ seine Ansprüche ab, ließ sich das Geld ausgeben und gab, wenn es verlangt wurde, den Banken oder Privatleuten auch noch einen Wechsel in Höhe seines Erbschaftsprüfungs als Sicherheit. So trat der Schwindler in Hannover, Breslau, Braunschweig, Bismarck, Frankfurt a. M., Elberfeld, Gießen, München, Hamburg, Lübeck, Stuttgart, Köln und wahrscheinlich auch noch anderswo auf. Fast nirgends ist er es unter 2000 Mark. Wenn ein Schwindler aus Sicht kam, war er stets fluchtlos verschwunden. Sobald ihm irgendwo im Norden ein Streich gelungen war, reiste er nach dem Süden und ebenso vom Osten nach dem Westen und umgekehrt. Die Versicherungspolice sowohl wie die Versicherungsscheine erwiesen sich nachträglich als gefälscht. Der Schwindler gebrauchte entweder fingierte oder auch echte Namen von Berliner Notaren und Anwälten, gab dann aber solche Wohnungen an, um die Klärung möglichst zu verzögern. Jetzt endlich gelang es der Kriminalpolizei in Halle a. S., ihn festzunehmen. Wie er richtig heißt, muß noch festgestellt werden.

Späte Gewissensbisse. Nach dreijährigen Schwindeln selbst gestellt hat sich ein Mann, der sich Arbeiter Wilhelm Baum aus Sangerhausen nennt. Wie er erzählt, arbeitete er bis 1911 in der Holzzeugfabrik zu Eisenach. Seitdem aber bereite er das ganze Reich, erdichtete sich in allen Städten, die er besuchte, Lebensmittelformen und verkaufte sie zu hohen Preisen. Weil er sich für verheiratet ausgab, so erhielt er alle Karten doppelt und machte um so bessere Geschäfte. Am August d. J. wurde er in Bremen, weil bei Bremen wegen Verleitung eines Kaufmannes und unter dem Verdacht der Spionage von einem Genbarmerkommissar festgenommen, vom Amtsgericht aber nur wegen Lebensmittelkartenverleitung zu sechs Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Vom Novemberanfang wurde er aus dem Straßgefängnis in Hannover befreit. Jetzt nahm er zunächst seinen alten Handel wieder auf, legte sich dann aber in Berlin und Lüder in anderen Städten auf den Unterhändlerhandel bei Zweigstellen des roten Kreuzes und fürforgesellen für essensliche Flüchtlinge. Jetzt endlich ließ ihm, wie er sagt, das Gewissen keine Ruhe mehr, und er stellte sich freiwillig der Kriminalpolizei zur Verfügung. Ein ganzes Bündel von Lebensmittelformen, Aufweise zur Erlangung von Hochpreisermäßigungen und Bescheinigungen über erhaltene Unterhaltungen hatte er noch bei sich, außerdem ein barres Geld 324 M. aus dem Erbes seines Kartenhandels und dem Ertrag der Unterhaltungen. Die Kriminalbehörden wissen noch nicht recht, mit wem sie es zu tun haben und vermuten in Baum einen Schwerverbrecher, der sie über seine Persönlichkeit zu täuschen verfuhr.

Steuereintreibung gegen eine Verheiratete wird von der Berliner Steuerverwaltung angedroht. Bei einer in der Steyler Straße wohnenden Kamille wird immer wieder verlangt, von der schon im Oktober vorigen Jahres verstorbenen Tochter die Steuern zu zahlen. Die Mutter hat bei der Steuerkasse in der Walfraße gebeten, in den Akten zu vermerken, daß die Tochter längst nicht mehr am Leben ist. Aber jetzt ist sogar ein Vollstreckungsbeamter gekommen, der wegen rückständiger Steuern die Zwangsversteigerung vorsehen wollte. Da niemand zu Hause war, so hat er ein Schlüssel hinterlassen, daß beim nächsten Besuche gewaltsame Öffnung in Aussicht steht. So wird der Versteigerung sinnlos befristet und die Arbeitkraft der Beamten verunbraucht!

Verloren. Am Sonnabend nachmittag ist in einem Minibehälter ein Schraubenzieher und ein Teil des letzten Baues des II. Abteils ein Vektordrehschraube mit Holzbohrer eben im Res liegen geblieben. Der Apparat gehört einem Arbeiter des Reichs, der sich damit einen kleinen Nebenverdienst erwirbt. Der Arbeiter wird erbeten, den Apparat gegen gute Bezahlung bei Heineke, Gaudystr. 24, II abzugeben.

Freiwillige Ortschaft. Sonntag 11 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße. Prof. Dr. Döberl, Kommandant und Ehrlicher. — 4 Uhr Popplaffen 15/17, H. Hoffmann: Die Toten an die Lebenden. — Gäste willkommen.

**Groß-Berliner Lebensmittel.**  
Berlin. Milchlieferung am Sonnabend wie am Freitag.  
Nobannerbrot. 25 Kilo 125 g, Landdarmtrieb (25), 250 g  
Kaisersbrot (25), 125 g, Tagwaren (100), 2 Suppenwürfel (50).

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Veränderungsgesellschaften. Parteigenossen, die uns in der Veränderungsgesellschaft und Agitation unterstützen wollen, werden gebeten, ihre Adressen anzugeben.  
S. P. D. Verbandsrat der Angestellten, Berlin W 9, Bellevuestr. 7, II.  
Parteigenossen, die uns bei der Veränderungsgesellschaft unterstützen wollen, werden gebeten, ihre Adressen anzugeben.  
S. P. D. Verbandsrat der Angestellten, Berlin W 9, Bellevuestr. 7, II.  
Verbandsrat der Angestellten. Um den Parteigenossen Gelegenheit zur Aussprache zu geben und die Agitation in den Betrieben zu fördern, finden regelmäßig Zusammenkünfte der Veränderungsgesellschaften im „Vormittag“ zu denken und für regen Besuch zu sorgen. Jeder Parteigenosse aus den Betrieben ist willkommen.  
Anstalt erteilt auch der Bezirksverband der S. P. D. für Groß-Berlin, W 9, Bellevuestr. 7, II.

## Jugendveranstaltungen.

Charlottenburg: Heute 7 1/2 Uhr Jugenbeim, Rosinestr. 4. Harter  
Opa: Heute, 8 Uhr, Marx  
Karl-Cl. Heute 7 1/2 Uhr Jugenbeim, Gemeindehalle, Charlottenburger  
Straße 24. Diskussionsabend: Was trennt uns von der „Freien Jugend“?  
Die Museumführungen am Totensonntag fallen aus.

## Berichtszeitung.

Prozess um Eichhorns Waffendestellungen.  
Der verurteilte Berliner Polizeipräsident Emil Eichhorn steht im Mittelpunkt eines Prozesses, der am heutigen Freitag das Berliner Landgericht I beschäftigt. Eichhorn hatte während der November-Unruhen für ungefähr eine halbe Million Mark Waffen und Munition bei Ludwig Loewe beschlagnahmt lassen. Als Zweck der Maßnahme wurde von Eichhorn die Befestigung der Sicherheitssoldaten des Polizeipräsidentiums angegeben, tatsächlich aber überließ Eichhorn nach einem dargelegten Plan die Waffen den Kommunisten. Ludwig Loewe verlangt jetzt durch Justizrat Kronfeld Herausgabe der Waffen oder Schadenersatz. Demgegenüber vertut Rechtsanwalt Pöhl als Vertreter des Polizeipräsidentiums den Standpunkt, daß der Pöhl weder strafrechtlich, noch nach dem bürgerlichen Gesetzbuch für eine unerlaubte Handlung haftbar gemacht werden kann.

